
Antragstitel: Maßnahmenkatalog Migrationspolitik

**Antragsteller: Christian Westphal, Marie-Luise Plingen, Sarah Groß,
Anke Menrath**

Der Kreisparteitag der FDP Düsseldorf am 16.03.2024 möge beschließen:

Die FDP Düsseldorf einigt sich auf die nachstehenden Forderungen an die übergeordneten Parteebenen:

Bund

1. Die vorübergehenden stationären Grenzkontrollen an den deutschen Außengrenzen zeigen Erfolg bei der Bekämpfung von illegaler Migration und Schleuserkriminalität innerhalb Europas.¹ Sie sollten daher im Rahmen des rechtlich Möglichen fortgesetzt bzw. erneut durchgeführt werden, bis effektivere Mittel auf europäischer Ebene bestehen, die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wieder entbehrlich machen.
2. Die behördliche Verteilung und Wohnsitzzuweisung für Asylsuchende soll so erfolgen, dass nicht Menschen aus demselben Herkunftsland verstärkt in bestimmte Bundesländer zugewiesen werden, sondern vielmehr breit verteilt auf die Bundesrepublik. Dies soll der Entstehung und Verfestigung von kulturell in sich geschlossenen Parallelgesellschaften entgegenwirken. Ausnahmen hiervon soll es bei familiären Gründen geben (Familienzusammenführung).
3. Das Auswärtige Amt muss sicherstellen, dass Arbeitsvisa innerhalb der im EU-Visakodex² vorgesehenen Regelfristen erteilt werden können. Der Visakodex sieht vor, dass in der Regel innerhalb von 14 Tagen Visum-Termine vereinbart werden können (Art. 9 Abs. 2 Visakodex) und dass sodann grundsätzlich innerhalb von 15 Tagen über den Antrag entschieden wird (Art. 22 Abs. 1 Visakodex). Aktuell kann das Auswärtige Amt weiterhin keine Aussagen über konkrete Wartezeiten in den Auslandsvertretungen treffen.³ Wartezeiten wurden zuletzt vom Auswärtigen Amt überhaupt nur aufgeschlüsselt, wenn sie über einem halben Jahr liegen (siehe hierzu [BT-Drs. 20/9236](#) und die dortigen Antworten der Bundesregierung auf Fragen 18 und 19 sowie Anlage 21). In der Liste mit über

¹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/12/grenzkontrollen-binnengrenzen.html>.

² [Verordnung \(EG\) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlamentes und des Rates v. 13.07.2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft.](#)

³ Siehe Antwort der Bundesregierung vom 13.07.2023 auf Frage 9 einer Kleinen Anfrage von CDU/CSU – [BT-Drs. 20/7754](#); sowie Antwort der Bundesregierung vom 09.11.2023 auf Fragen 18 u. 19 einer Kleinen Anfrage von DIE LINKE, [BT-Drs. 20/9236](#).

- 40 sechsmonatiger Wartezeit finden sich auch Visaerteilungen zum Zwecke
41 der Erwerbsmigration: Auslandsvertretungen in Izmir, TUR (38 Wochen);
42 Islamabad, PAK (über 1 Jahr); Jaunde, KAM (über 1 Jahr); Lagos, NIG
43 (über 1 Jahr); Tunis, TUN (über 1 Jahr).
44
- 45 4. Angesichts der Wirtschaftslage und allgemeinen politischen Stimmung
46 gilt es, die Attraktivität Deutschlands als Zufluchtsort für Geflüchtete aus
47 der ganzen Welt zu senken. Hierzu gehört auch ein medienwirksames
48 außenpolitisches Signal, dass der deutsche Staat und seine Gesell-
49 schaft an der Belastungsgrenze sind.
50
- 51 5. Wir fordern ein besseres Controlling der Entwicklungszusammenarbeit
52 und Handelspolitik. Ein wesentlicher Bestandteil der Migrationspolitik
53 muss es sein, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen.
54 Hierzu muss Deutschland in der Lage sein, die Effektivität von rund 11
55 Milliarden Euro Entwicklungshilfe⁴ zu überprüfen. Handelsabkommen,
56 die zwischen Deutschland oder der EU und Ländern des Globalen Sü-
57 dens über den Export von Rohstoffen aus diesen Ländern bestehen, sol-
58 len dahingehend erweitert werden, dass die Verarbeitung oder Verede-
59 lung dieser Rohstoffe, sofern möglich, in den entsprechenden Ländern
60 etabliert oder gestärkt wird, um die jeweiligen Volkswirtschaften an der
61 Wertschöpfung durch Rohstoffverarbeitung zu beteiligen und damit
62 Fluchtursachen entgegenzuwirken.
63
- 64 6. Der Integrationstest im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens soll an-
65 spruchsvoller werden und sich am Beispiel Großbritanniens orientieren.
66 Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist der weitestreichen-
67 de Schritt von Zugewanderten hinein in die deutsche Gesellschaft und
68 geht mit zahlreichen Rechten einher. Wir wollen, dass die deutsche
69 Staatsbürgerschaft nur an Personen verliehen wird, die eine wirkliche
70 Vertrautheit mit der deutschen Gesellschaft und ihren identitätsstiftenden
71 historischen und kulturellen Merkmalen entwickelt haben. Hierzu kön-
72 nen Integrationstests ein wichtiges Instrument im Einbürgerungsverfah-
73 ren darstellen. Im Vereinigten Königreich werden im Rahmen des Ein-
74 bürgerungsverfahrens 24 Fragen aus einem Pool von rund 700 Fragen
75 zu britischer Tradition und Geschichte gestellt; hiervon müssen 18 Fra-
76 gen (75%) richtig beantwortet werden.⁵ In Deutschland müssen nur 17
77 (ca. 52%) der gestellten 33 Fragen beantwortet werden, die sich aus ei-
78 nem Pool von nur rund 300 Fragen speisen (hiervon bis zu 10 länder-
79 spezifisch).⁶
80

⁴ <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html>.

⁵ Zum britischen Einbürgerungstest siehe <https://www.gov.uk/life-in-the-uk-test/print> sowie <https://citizenshiptests.org/tests/uk-citizenship-test/>.

⁶ Zum deutschen Einbürgerungstest und Test „Leben in Deutschland“ siehe https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/OnlineTestcenter/online-testcenter-node.html#a_917922_1.

81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121

Land

7. Wir befürworten die vom Innenministerium NRW durchgeführte Prüfung, ob Deutsch als Sprache für Demonstrationen verbindlich vorgegeben werden kann.⁷ Entscheidend ist: Die Polizei muss in der Lage sein, Banner und Flaggen unzweifelhaft zu verstehen, um auf etwaige verfassungsfeindliche Parolen – wie sie etwa auf Essener Islamisten-Demos, die ein Kalifat forderten, vorgekommen sind – sofort angemessen reagieren zu können.
8. Wir fordern den Innenminister NRWs auf, vorhandene Spielräume im Versammlungsrecht stärker zu nutzen, um verfassungsfeindliche und antisemitische Entwicklungen frühzeitig zu unterbinden. Die Polizei muss bei verbotenen Parolen sofort intervenieren. Wir fordern zudem den Justizminister auf, strafrechtlich relevante Vorfälle unverzüglich aufarbeiten, erforderlichenfalls auch mit Schwerpunkt-Staatsanwälten.
9. Der Verteilungsschlüssel von Schutzsuchenden und anerkannten Schutzberechtigten soll dahingehend überprüft und ggf. angepasst werden, dass er die Lage am Wohnungsmarkt unmittelbar berücksichtigt. Während Düsseldorf Wohnungsnot beklagt, gibt es in Krefeld Leerstände. Dies stellt sowohl die Bevölkerung in Kommunen mit Wohnungsnot als auch Schutzsuchende vor Herausforderungen.⁸ Ein weiterer bei der Verteilung stärker zu berücksichtigender Faktor soll die allgemeine soziale Lage sein: Es soll sichergestellt werden, dass die Unterbringung in der Kommune nicht bevorzugt in bereits als Brennpunkt bekannten Vierteln stattfindet, sondern gerade in sog ruhigen Vierteln Unterbringung geschaffen oder gefunden werden, da hier mehr Unterstützungsmöglichkeiten zu erwarten sind und mit geringerer Kriminalisierungsgefahr zu rechnen ist.
10. In der Schule und an Universitäten sollen staatspolitische Lehrinhalte stärkeren Eingang in die Lehrpläne erhalten. In einer multipolaren, immer vielfältigeren Gesellschaft ist es wichtiger denn je, allen Bürgerinnen und Bürgern schon früh zu vermitteln, was uns als Gesellschaft zusammenhält.
11. Die DITIB scheint als verlängerter Arm des türkischen Staates und sollte entsprechend als politische Organisation eingestuft werden und keinen islamischen Religionsunterricht mehr geben dürfen.

⁷ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/versammlungsfreiheit-demonstration-grundrecht-100.html>.

⁸ Siehe https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/Paritaetischer_Umfrage_Wohnsitzregelung_12_a_AufenthG.pdf, S. 12 ff.

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145 Begründung:

146

147 Die vorstehenden Punkte setzen Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Migration“ des
148 Club Liberal XL am 18.11.2023 um, soweit sie die Bundes- oder Landesebene
149 betreffen. Gegenüber den Ergebnissen neue Punkte auf Bundes- oder Landes-
150 ebene enthalten die Ziffern 12, 14 und 15.

151

152 In den Antragsentwurf nicht übernommen wurden folgende Beschlüsse der Ar-
153beitsgruppe aus dem Club Liberal XL:

154

155 - „Schnellere Asylverfahren“:

156 Im Januar 2024 lag die durchschnittliche Dauer bei 7,2 Monaten.⁹ Dies
157 erscheint nicht als besonders lange Dauer, wenn man bedenkt, was im
158 Einzelfall alles zu unternehmen ist seitens der Behörden, um die Identität
159 und Geschichte von Geflüchteten zu überprüfen. Das BAMF hat au-
160 ßerdem z.B. erst Ende 2023 Beschleunigungsmaßnahmen angekünd-
161 igt.¹⁰

⁹ <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2024/240207-am-asylgeschaefsstatistik-januar-2024.html>.

¹⁰ <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/asyl-bamf-migration-innenministerium-fae->

[ser/#:~:text=Beschleunigung%20von%20Asylverfahren%20Keine%20Handykontrolle%20mehr%20bei%20Ausweispapieren&text=Wie%20k%C3%B6nnen%20Asylverfahren%20beschleunigt%20werden.Feststellung%20der%20Nationalit%C3%A4t%20kontrolliert%20werden](https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/asyl-bamf-migration-innenministerium-fae-ser/#:~:text=Beschleunigung%20von%20Asylverfahren%20Keine%20Handykontrolle%20mehr%20bei%20Ausweispapieren&text=Wie%20k%C3%B6nnen%20Asylverfahren%20beschleunigt%20werden.Feststellung%20der%20Nationalit%C3%A4t%20kontrolliert%20werden)

162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197

- „Getrennte Verfahren/Leistungen für Geflüchtete mit und ohne Dokumente“:
Anlass für diese Forderung in der Arbeitsgruppe am 18.11.2023 war der Gedanke, dass Personen ohne Dokumente nicht für ihre mangelnde Mitwirkung belohnt werden sollen. Es gibt jedoch für Personen, die nicht an ihrer Identitätsklärung mitwirken, bereits Sanktionsmöglichkeiten, siehe etwa § 60b AufenthG in Verbindung mit § 60a Abs. 6 Nr. 2 AufenthG. Außerdem gibt es durchaus Fälle – gerade im Bereich politischer Verfolgung –, in denen Menschen wirklich nicht über Ausweisdokumente verfügen bzw. diese ihnen abgenommen wurden.
- „Leistungen Geflüchteter mit Arbeitserlaubnis kürzen, wenn kein Arbeitswille besteht“:
Dies ist bereits der Fall; gleichzeitig ist die rechtliche Zulässigkeit umstritten¹¹.
- „Erstaufnahme ist Landesaufgabe in eigenen Landesimmobilien“:
Dies findet heute bereits regelmäßig so statt in NRW. Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA), weitere Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) sowie Zentrale Unterbringungseinrichtungen (ZUE) sind Einrichtungen des Landes. Erst nach einer gewissen Zeit (in der Regel max. 3 Monate) werden Personen den Kommunen zugewiesen.¹²
- „Erstaufnahme soll außerhalb der Städte stattfinden“:
Eine Unterbringung außerhalb der Stadtzentren bedeutet eine Unterbringung im ländlichen Bereich. Eine quotenunabhängige Unterbringung bestimmter Gruppen im ländlichen Bereich belastet die dort ansässige Gesellschaft in überproportionaler Weise und dürfte sich politisch als kontraproduktiv erweisen.

Ein integriertes Maßnahmenkonzept auf europäischer Ebene ist Gegenstand eines gesonderten Antrags.

Die Berücksichtigung von Maßnahmenvorschlägen auf kommunaler Ebene bleibt der Ratsfraktion überlassen.

¹¹ https://www.haufe.de/sozialwesen/sgb-recht-kommunal/buergergeld-sanktionen_238_613170.html#:~:text=Jobcenter%20können%20arbeitslosen%20Personen%20das,etwa%20170%20Millionen%20Euro%20einsparen.

¹² Siehe für eine grobe Übersicht: <https://www.mkjfgfi.nrw/verfahren-zur-unterbringung-von-asyllbewerbern>. Zu möglichen Negativeffekten im Zusammenhang mit der Unterbringung in großen Einrichtungen siehe z.B. <https://www.caritas-ac.de/so-helfen-wir-ihnen/fluechtlinge/fluechtlingsarbeit-im-bistum-aachen/zu-rechtlichen-fragen/wie-fluechtlinge-wohnen/erstaufnahmeeinrichtungen-sind-erste-anlaufstellen-fuer-fluechtlinge-in-nordrhein-westfalen#:~:text=Wenn%20Flüchtlinge%20nach%20Nordrhein%2DWestfalen,Kommunen%20in%20Nordrhein%2DWestfalen%20verteilt.>

Ordentlicher Kreisparteitag des FDP – Kreisverbandes Düsseldorf
Samstag, 16. März 2024, 10.00 Uhr
Heinrich-Heine-Gesamtschule, Graf-Recke-Str. 170

Seite 6

Antrag Nr. 12/2024

198